

Basel vor den Folgen schützen

Masseneinwanderung Nach dem Ja zur Masseneinwanderungsinitiative vom 9. Februar wollen Grossräte aus verschiedenen Parteien den Kanton Basel-Stadt möglichst gut positionieren, um die Folgen des Volksentscheides abzufedern. Eine von SP-Politikerinnen, Grünen, Grünliberalen und dem Liberalen Heiner Vischer unterzeichneter Anzug fordert eine «offene Schweiz». Namentlich geht es den Politikern darum, die Regierung solle prüfen, wie sich Basel-Stadt vor negativen Folgen schützen könne. Eine der Hauptforderungen ist jene, die auch Ständerätin Anita Fetz (SP) bereits national auf den Tisch gebracht hatte: Die Ausländerkontingente sollen gemäss dem Anteil Nein-Stimmen auf die Kantone verteilt werden. Wo es viele Ja-Stimmen gab – wie in Basel-Stadt – sollen mehr Ausländer zuwandern können, als dort, wo der Nein-Stimmen-Anteil höher war. Diese Forderung hatte national bereits für Aufsehen gesorgt. Die unterzeichnenden Grossräte sehen darin aber eine faire Lastenverteilung: «Damit wird gerecht umgesetzt, was die Bevölkerung abgestimmt hat».

Um diese Forderung umzusetzen und zu verhindern, dass die Wirtschaftsmotoren der Schweiz, also die Städte, zu sehr Schaden nehmen durch die Konsequenzen aus dem Volks-Ja, soll die Regierung mit den anderen Städten noch stärker zusammenarbeiten, als sie dies bereits getan hat. «Die Anzugstellenden laden deshalb den Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt ein, eine Strategie, über die Zusammenarbeit mit den Regierungen der «städtischen Schweiz» zu entwickeln.» Dazu solle der Regierungsrat eine Task-Force gründen, die sich aus Vertretern der betroffenen Städte und Regionen zusammensetze.

Eine Randnotiz ist dagegen wohl die Standesinitiative, die fordert, dass der Kanton Basel-Stadt eine erneute Abstimmung über die Masseneinwanderungsinitiative erwirken soll. Diese hatte SP-Grossrat Ruedi Rechsteiner lanciert, die Idee aber nach vernichtendem Echo aus der gesamten Schweiz wieder fallen gelassen. Jetzt hat sie Rechtsausser-Politik-irrläufer Eric Weber eingereicht. Der Grosse Rat wird sich also mit ihr beschäftigen müssen. (DRE)